

Kapitel 3: Berlin gestaltet Zukunft

Antragsteller*in: Dario Planert (KV Berlin-Neukölln)

Status: Unterstützer*innen sammeln

Änderungsantrag zu WP-3

Nach Zeile 646 einfügen:

Dem seit dem Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 zunehmendem Antisemitismus an Berliner Hochschulen treten wir entschieden entgegen. Es darf nicht sein, dass jüdische Studierende sich an ihren Universitäten nicht mehr sicher fühlen und ihre Identität verheimlichen müssen. Wir setzen uns für eine Aktualisierung von Sicherheitskonzepten und die Ausweitung hochschuldidaktischer Angebote zu antisemitismuskritischer und sensibler Lehre ein. Dafür wollen wir unsere Zusammenarbeit mit jüdischen und antisemitismuskritischen Organisationen im Hochschulbereich intensivieren. Berliner Hochschulen müssen zu jedem Zeitpunkt ein diskriminierungsfreies Umfeld für ihre jüdischen Studierenden gewährleisten. Deshalb bekräftigen wir als Berliner Landesverband von Bündnis90/Die Grünen unser Bekenntnis zum BDS-Beschluss des Deutschen Bundestages vom 21. Dezember 2020 und fordern seine konsequente Einhaltung.

Begründung

Universitäten gehören zu den Hauptschauplätzen antisemitischer Agitation in unserer Stadt, welche die Freiheit von Forschung und Lehre beeinträchtigt und in extremen Fällen sogar in körperliche Gewalt mündet. So schreibt der Berliner Verfassungsschutz in seinem Jahresbericht für 2024:

“Vor dem Hintergrund der anti-israelischen Protestbewegung an Hochschulen und Universitäten in den USA entstanden und vernetzten sich auch in Berlin anti-israelische Gruppen mit Bezügen zu den Berliner Universitäten. Sie führten israelfeindliche Aktionen und Veranstaltungen an nahezu allen Berliner Hochschulen durch. Treibende Kräfte dahinter waren in diesen Gruppen organisierte dogmatische Linksextremisten und internationalistische Gruppierungen, die dem Umfeld der BDS-Bewegung zuzurechnen sind. [...] Der Hass anti-israelischer Aktivistinnen und Aktivisten richtete sich jedoch nicht nur gegen Sachen. Universitätsangehörige mit einer anderen Meinung und auch die Hochschulleitungen wurden zum Ziel von Beleidigungen und Bedrohungen. Bereits im Februar war ein jüdischer Student der FU mutmaßlich von einem israelfeindlichen Kommilitonen angegriffen und schwer verletzt worden.”¹

Auch RIAS identifiziert Berliner Hochschulen als durch antisemitische Vorfälle besonders belastete Räume:

“Die Berliner Hochschulen standen wegen des sprunghaften Anstiegs antisemitischer Vorkommnisse seit dem 7. Oktober 2023 besonders im Fokus der öffentlich-medialen Debatten über Antisemitismus. 2023 wurden 29 Vorfälle an Hochschulen dokumentiert, von denen sich 25 nach dem 7. Oktober ereigneten, 2024 stieg diese Zahl auf 51 Vorfälle. Zum Vergleich: In den Jahren 2021 und 2022 wurden jeweils nur ein bzw. zwei Vorfälle bekannt.”²

Vor diesem Hintergrund sollte sich unser Landesverband in der kommenden Legislaturperiode stärker für die Prävention und Verfolgung antisemitischer Vorfälle an Berliner Hochschulen einsetzen. Dabei können wir auf die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wie RIAS, OFEK, ELES, JSUD, Tacheles, etc. setzen, die in dieser Frage bereits bedeutende Vorarbeit geleistet haben. Die Jüdische Studierendenunion Deutschland, beispielsweise, hat Ende November 2025 einen Forderungskatalog gegen Antisemitismus an Hochschulen vorgelegt.

Quellen

1. Senatsverwaltung für Inneres und Sport des Landes Berlin (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht Berlin 2024, Berlin 2025, 27.
2. Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) Berlin (Hrsg.): Antisemitische Vorfälle in Berlin. Jahresbericht 2024, Berlin 2025, S. 38.

Unterstützer*innen

Jacqueline Lori Fingerle (KV Berlin-Pankow); Simon Muschick (KV Frankfurt-Oder); Alexander Manolopoulos (KV Berlin-Mitte); Christopher Philipp (KV Berlin-Mitte); Susanne Zissel (KV Berlin-Spandau); Dustin Eikmeier (LV Grüne Jugend Berlin); Nicolas Völcker Ortega (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Bernd Steinhoff (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Manfred Herrmann (KV Berlin-Neukölln); Herbert Nebel (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Dorothee Richter (KV Berlin-Kreisfrei); Katrin Schaar (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Hannah Wettig (KV Berlin-Pankow); Ole Jacobs (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)